



Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsgesellschaft Breslau 2

Verlags- und Geschäftsstelle Breslau 2
Telephon-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Ronto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Gluzstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 140, sowie durch alle Ausläufer, Blaugerichtstraße 140, sowie durch alle Ausläufer zu beziehen. Abonnement monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Postzeitung monatlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Postzeitung ins Haus 2,06 Goldmark.

Anzeigenpreis: Die Zeilenpreise für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien: 12 Pf. auswärts 15 Pf. Anzeigen unter 100 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegenheiten, Todesanzeigen, Begräbnis- und Wohnungsangelegenheiten 5 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11. Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Gluzstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Vor der Einigung der Republikaner.

Ein Demofrat provisorischer preußischer Ministerpräsident. Er verzichtet voraussichtlich zu Gunsten Otto Brauns.

Der Preussische Landtag trat Dienstag nachmittags 2 Uhr wieder zusammen, um sich auf den Vorschlag des Ministerpräsidenten zu beschließen. Der Ministerpräsident hat sich im Bewußtsein der schweren Lage, die sich die Kommunistische Partei bei der Präsidentschaftswahl gesichert hat, das Bedürfnis, sich und seinen Genossen von der Tribüne herab etwas Mut einzuflößen. Die Sozialdemokraten empfingen den kommunistischen Fraktionsführer mit dem Ruf: „Der Sieger vom Sonntag“, was große Heiterkeit im Hause auslöste.

Um 5 Uhr nahm dann der Landtag die Wahl des Ministerpräsidenten vor. Die Parteien der Weimarer Koalition (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) stimmten für Dr. Höpfer-Wolff (Dem.), die Kommunisten für Piefke und die Rechtsparteien (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Volkliche) für den früheren Entwaffnungskommissar Dr. Peters. Der Kandidat der Republikaner erhielt 211 Stimmen, Dr. Peters 176, Piefke 43. Die Stichwahl zwischen Dr. Höpfer-Wolff und Dr. Peters brachte für den Kandidaten der Weimarer Koalition 213 Stimmen und für den der Rechtsparteien 177 Stimmen. Die Wahl Dr. Höpfer-Wolffs zum preussischen Ministerpräsidenten wurde in der Mitte mit Beifall aufgenommen. Das Haus vertagte sich dann auf Mittwoch 12 Uhr.

Der neu gewählte Ministerpräsident hat sein Amt bisher nicht angenommen, und es ist wahrscheinlich, daß er zugunsten von Otto Braun von vorseherin verzichtet wird. Somit fällt für ihn wohl nur die Aufgabe in Frage, den Landtag aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen.

Die Einigung der Republikaner im Reich und in Preußen aussichtsreich.

Die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, schreibt: „Die geistige Entscheidung in Preußen steht noch nicht endgültig fest. Der bevorstehende zweite Wahlgang für den Posten des Reichspräsidenten bleibt naturgemäß nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der Dinge in Preußen. In der Kandidatenfrage für die Präsidentschaftswahl ist gestern infolge einer wichtiger Schritt erfolgt, als der Parteivorstand des Zentrums beschloß, den Ministerpräsidenten Marx als Sammellandidaten vorzuschlagen. Die endgültige Entscheidung für das Zentrum liegt beim Reichsparteiausschuß. Den anderen Parteien ist sofort von dem Parteivorstand des Reichsvorstandes der Zentrumspartei Kenntnis gegeben worden. Der Vorschlag des Zentrums trägt der allgemeinen Stimmung sowohl im Inlande wie im Auslande Rechnung, die immer mehr auf Marx als Kandidaten der Reichsparteivorstände sind die Dinge nun in Fluß gekommen und man kann wohl hoffen, daß die Verhandlungen zwischen den Parteien bald zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Ein Teil derjenigen Presse, der vor der Wahl Herrn Jarres nicht genug preis gegeben, arbeitet in mehr oder minder verdeckter Form gleichfalls auf eine Sammellandidatur hin. Für das Zentrum liegt keine Veranlassung vor, diesen Positionen des Loebeck-Ausschusses zu folgen. Die sofort aufzunehmenden Verhandlungen mit den Parteien werden hoffentlich bald zu dem Ergebnis führen, was die Mehrheit des deutschen Volkes erwartet.“

Auch die demokratische „Volkliche Zeitung“ spricht davon, daß der gestern gewählte demokratische Ministerpräsident wahrscheinlich den ihm erteilten Auftrag ablehnt, um Otto Braun in Preußen Platz zu machen.

Der „Vorwärts“ schreibt zu der Entwicklung der Lage: „Die Sozialdemokratie, die eben erst aus der Wahl am 29. März geküßt hervorgegangen ist, weiß, was sie will. Das Wahlergebnis hat gezeigt, daß sie von ihren Wählern auch verstanden wird. Sie will die sozialen Forderungen der werktätigen Massen vertreten und zu diesem Zweck will sie vor allem den Boden, auf dem das am besten möglich ist den Boden der demokratischen Republik sichern. Ohne einen festen Kurs geht es in dieser Zeit nicht. Wir wollen einen festen Kurs in Preußen gegen die reaktionäre Staatszerstörung und das Gleiche wollen wir bei der Präsidentschaftswahl im Reich. Darum werden die Versämen Forderungen unserer Partei am Donnerstag mit größter Gewissenhaftigkeit die Frage prüfen, wie ein Sieg des Reichspräsidenten bei der Präsidentschaftswahl am nächsten zu verhindern ist.“

Die Reichspresse lobt natürlich über die zu erwartende Einigung der republikanischen Parteien. Die „Deutsche Tageszeitung“ des Reichspräsidenten schreibt: „Die Kandidatur Marx im Reich wird durch die Vorgänge im Preussischen Landtag, wenn sie die Zustimmung der Sozialdemokraten findet, als das Charakteristische, was sie tatsächlich ist, nämlich eine Vorzeichenstellung der Sozialdemokratie. Das Zentrum hätte seinen eigenen Mann gar nicht schwerer Kompromittieren können als das durch seinen Rückzug mit den Sozialdemokraten tatsächlich geschehen ist.“

Schwere Unglücksfälle bei Reichwehr und Reichsmarine.

Au der Oberwehr zwischen Belthelm und der Stadt Hausberge fand gestern früh eine große Feldübungsübung der Reichswehr statt. Im Verlaufe dieser militärischen Übung ereignete sich ein schreckliches Massenunglück. Eine von den Pionieren über die Weiler gebaute Brücke stürzte gerade in dem Augenblick ein, als sie von großen Truppenverbänden passiert wurde. Die Soldaten, die in vollkommen feldmarschmäßiger Ausrüstung waren, hüngen ins Wasser und sind fast sämtlich ertrunken. Die Zahl der Opfer wird in den ersten Meldungen auf fünfhundert bis hundert geschätzt.

Unsere Teilnahme gilt den schwerbetroffenen Angehörigen der bedauernswerten Opfer, die ihren Dienst mit dem Tode bezahlen mußten. Es ist Pflicht des Reiches, den Hinterbliebenen der so früh um das Leben gekommenen Soldaten zu helfen und sie nicht nur mit schönen Beileids- und Dankesworten abzuspeisen.

Wismarschiffen, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Auf der hiesigen Marinewerft ereignete sich Dienstag abend auf dem Torpedoboot G 8 ein schwerer Unglücksfall. Bei der Probe eines Dampftrahlers gab es eine Explosion, durch die zwei Arbeiter und zwei Soldaten getötet und vier verletzt wurden. Die Verletzungen sind schwerer Art.

Das endgültige Wahlergebnis im Reich.

Nachdem nunmehr beim Reichswahlleiter die Ziffern aus den noch fehlenden kleineren Wahlbezirken eingelaufen sind, stellt sich das vorläufige amtliche Wahlergebnis der Reichspräsidentenwahl wie folgt:

Abgegebene gültige Stimmen: 26 856 002.

Braun	7 798 546
Seld	1 006 790
Sellpach	1 567 197
Jarres	10 408 855
Ludendorff	284 975
Marg	3 884 377
Thälmann	1 371 207
Zespilitter	34 245

Die endgültigen Ziffern bringen mäßig geringe Veränderungen gegenüber den bereits veröffentlichten vorläufigen Zahlungen.

Wird Jarres fallengelassen?

Die volksparteiliche „Künnische Zeitung“ schreibt gestern: „Wenn man die heutigen Zeitungen des Reichsbüchlers überhau, so tritt eigentlich nur das Blatt des Ministers des Aeußeren, Dr. Stresemann, „Die Zeit“, für die unentwegte Zurückhaltung der Kandidatur Jarres ein und verlangt, daß der Loebeckische Ausschuß des Reichsbüchlers schon morgen Dr. Jarres als Kandidaten für den endgültigen Wahlgang aufstelle.“

Und weiter wird ganz offen von der großen volksparteilichen Zeitung erklärt: „Gewiß wird niemand im vereinigten Bürgertum die Kandidatur Jarres ohne höheren Gewinn für die nationalen Interessen aufgeben, vor allen Dingen nicht gegenüber einem vereinigten Weimarer Sozialistenblock. Aber es dürfte im Sinne des bürgerlichen Kandidaten, der im ersten Wahlgang so ausgezeichnet abgeschnitten hat, liegen, wenn man mit einem andern Kandidaten größere Chancen unter der Fahne des Bürgertums sammeln und damit den Sieg für sie von vornherein sichern kann.“

Morgen entscheidende Sitzung unferes Parteiausschusses.

Der Sozialdemokratische Parteiausschuß tritt am Donnerstag, den 2. April, nachmittags 3 Uhr, zu einer gemeinsamen Tagung mit der Reichstagsfraktion im Reichstage zusammen.

Getreide sinkt weiter auf dem Weltmarkt.

Die Getreidepreise haben auf den amerikanischen Märkten einen neuen Rückgang erfahren. Chicago meldet am 30. März einen Sturz für Weizen per Bushel von 157,75 auf 146,75, aus Winnipeg für Weizen von 161 auf 149. Die Folge war für Europa ein allgemeiner Preisrückgang. Berlin notierte Weizen mit rund 268,50 gegen 272 am Ende der Woche und Weizen mit 236 bzw. 234 gegen 241 bzw. 242 per 1000 Kilogramm. Die anderen Termine gaben durchweg 7 bis 8 Mark nach. Interessant ist, daß trotzdem die Böder in verschiedenen Städten infolge geringer Lohnbewegungen eine Brotpreis-erhöhung und die Reichsmüllereibetriebe, weil Deutschland von fremdem Mehl überflutet wird, den für den letzten Schwerefall fordern. Dazu ist zu bemerken, daß der Mehlpreis immer noch weit über Friedensstand liegt und daß für die Böder infolge der geringen Getreidepreise höchstens ein Grund für Ermäßigung des Brotpreises vorhanden ist.

Eine bedeutende Erklärung Herriots zur Sicherheitsfrage.

Wie „Matin“ meldet, hat Herriot gestern der Delegation des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten eine Mitteilung über den abzuschließenden Sicherheitspakt gemacht, aus der sich der Wunsch der französischen Regierung ergibt, daß Holland als Herr des „Lochs von Limburg“ dem Pakt beitrete. Zwei weitere Punkte hätten die besondere Aufmerksamkeit der französischen Regierung in Anspruch genommen. 1. Die Forderung, daß Deutschland sich eine Art Bewegungsfreiheit für die Revision seiner Ostgrenzen vorbehalte, indem es die Eventualität von Schiedsgerichten mit Polen und der Tschechoslowakei vorklage und 2. die Vorbereitung der Angliederung von Oesterreich.

Herriot habe der Delegation eine Mitteilung der britischen Regierung unterbreitet, die gewisse Ungewissheiten aufläre und Pösen Garantien geben könne. Der Ministerpräsident habe erklärt, daß es ihm nicht erlaube, der britischen Regierung ohne Zeitverlust eine Antwort zu geben; er habe auch bestätigt, daß es die Meinung Englands sei, man könne keinen Sicherheitspakt mit Deutschland vor seinem Eintritt in den Völkerbund schließen, daß dies jedoch nicht hindere, den Meinungs austausch fortzusetzen. Schließlich werde man auch der Ausdehnung des Sicherheitspaktes auf andere Nationen in Form von Schiedsgerichtsverträgen zustimmen. Über in einer Beziehung seien die englischen Absichten folgeleht, indem Großbritannien keine militärischen Bündnisse nur für die Abriegelung anbiete.

Die Ruhrindustriellen weisen die 715 Gold-Millionen entrüstet zurück.

Essen-Ruhr, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Einen hochherzigen Beschluß fasste gestern eine gemeinsame Versammlung des Reichverbandes und des Bergbauvereins, die im Handelshoteltage. Nach einem Vortrage des Generaldirektors Böglers vor Stimmens-Rougern wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die vorläufig verammelten Vertreter des rheinisch-westfälischen Steinbergbaues erheben schärfsten Protest gegen die Zuweisung von 556 Millionen Mark Reichsgeldern als Ruhrrentschädigung. Die Werksbesitzer haben die durch die Befehung des Reiches und die Währungsverhältnisse entstandenen Verluste als ein dem Vaterlande zu bringendes Opfer angesehen, dessen Vergütung ihr patriotisches Gefühl aufs tiefste verleiht. Ihren dringlichen Vorstellungen, die genannte Summe den wirklich mitleidenden Opfern der Befehung, den Ausgewiesenen, den Arbeitern und den durch die Inflation an den Bettelstab geratenen kleinen Leuten auszuscheiden, hat die Reichsregierung leider kein Gehör geschenkt, sondern das Geld dem Ruhrbergbau wider seinen Willen aufgedrängt. Die verammelten Vertreter der Ruhrzechen verweigern einmütig die Annahme der zugeteilten Beträge und beauftragen den Vorstand des Kohlenpaktats, für die sofortige Zurückzahlung der überwiesenen Regierungsgelder Sorge zu tragen. Zugleich unterbreiten die Verammelten dem Herrn Oberreichsanwalt die Bitte, gegen die Verantwortlichen strengstens einzuschreiten und die veruchte Verschwendung des Volksvermögens ohne Ansehen der Person zu ahnden.“

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, haben sich die Vertreter der Eisenindustrie und der Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrie für den Rest der 715 Millionen angeschlossen. Die für den 2. April anberaumte Sitzung des Untersuchungsausschusses des Reichstages wird aus der veränderten Sachlage die Konsequenzen ziehen und die Grubenbesitzer als Belastungszeugen gegen die schuldigen Minister vernehmen.

Der 1. April wird nach diesem bedeutenden Beschluß ein ewig denkwürdiger Tag bleiben!

Der Verfassungskonflikt in Oldenburg.

Oldenburg, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Parteien der Weimarer Koalition des Oldenburger Landtages trafen am Dienstag gegen den Willen der Regierung zu einer Sitzung zusammen. Präsident Jung teilte mit, daß entsprechend dem Beschluß der Landtagsmehrheit der Staatsgerichtshof bereits darüber zur Entscheidung eingegriffen ist, ob die Regierung zur Aufhebung des Landtages berechtigt war oder nicht. Der Landtag nahm dann die Klageschrift entgegen und vertagte sich.

Neues deutsch-italienisches Handelsvertragsprovisorium.

Rom, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag wurde zwischen Deutschland und Italien die Verlängerung des abgelaufenen modus vivendi (vorläufiger Zustand) für den Handelsvertrag unterzeichnet. Das neue Abkommen gilt bis zum Schluß des Handelsvertrages, der in den nächsten Monaten erwartet wird. Gegenüber dem früheren Provisorium wurde nun deutlicher Seize die erleichterte Einfuhr von Tomaten, Trauben und Schiefersteinen, die bisher nur unter der Bedingung der Aufhebung der Zolltarifbestimmungen stattfand. Dafür läßt Italien auf der Handelsvertragsseite die Einfuhr von Weizen, Gerste, Hafer und Reis, sowie Wolle, Seidenstoffe zu.

Bestätigung. Im gestrigen Beilagenblatt sind einige im hiesigen Druckfehler unterlaufen. Im nächsten Heft wird in der zweiten Zeile „republikanische Einheitspartei“ statt „Einheitspartei“ heißen. Im letzten Absatz 10. und 11. Zeile „statt“ ha.

Untersuchungsausschüsse.

Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse im Reichs- und Preussischen Landtag ist in letzter Zeit wiederholt Gegenstand von Besprechungen und Kritiken gewesen. gehörige aller Parteien haben sich daran beteiligt. Die Notwendigkeit der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse überhaupt ist in Zweifel gezogen, die Kritik richtet sich über das Ziel hinaus. Die Möglichkeit einer Klärung von politischen, wirtschafts- und kulturpolitischen Tatsachen auf einem bestimmten Punkte des öffentlichen Lebens samt der dazu gehörigen Urteilung einer aus allen politischen Parteien zusammengesetzten Körperschaft, wie sie solche Untersuchungsausschüsse darstellen, bedeutet sicherlich verunglückte Schritte einen Fortschritt gegenüber der Vergangenheit. Solche Untersuchungsausschüsse, die übrigens parlamentarisch regierten Länder kennen, sind eben, alle Bildungen des politischen Lebens, nicht an sich und nicht an sich schlecht, sondern können je nach ihrer Vorbereitung und Leitung zur Gesundung und Reinigung politischen Lebens beitragen, können aber auch, anstatt Missetat aufzudecken und zu bestrafen, selbst Missetat hervorrufen. Aus den Erfahrungen, die, ebenso wie auf den anderen Gebieten der politischen Demokratie, auf diesem bei uns noch recht gering sind, müssen wir lernen, aus ihnen Folgerungen für Umfang und Inhalt der Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse abzuleiten.

Zunächst sollte man sich darüber klar sein, daß ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nur in berechtigter Weise, wenn er in Frage steht: Fall, der Untersuchung der Tragweite verlangt, eine höhere allgemeine Bedeutung hat. Vorwürfe geringeren Grades und untergeordneter Bedeutung, die ebenso gut durch Untersuchungen von Aufsichtsböden oder vorgeordneten Dienststellen, Besprechung der Staatsberatung, in Form von großen Anfragen in den üblichen Ausschüssen und im Plenum der Kammer bei Behandlung von Anträgen erledigt und den großen Apparat der Untersuchungsausschüsse erspart werden können, sollten besonderen Untersuchungsausschüssen nicht überwiesen werden. Man legt dadurch Bedeutung, die diese für das öffentliche Leben haben, herab und entwertet die Methode ihrer Anwendung. Zurzeit scheint es, als ob wir die Gefahr einer Reproduktion an Untersuchungsausschüssen laufen und durch das notwendige Interesse der Öffentlichkeit an ihnen und ihren Verhandlungen gefährden. Vielleicht ist es zweckmäßig, die für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erforderliche Zahl von Antragstellern zu erhöhen; zurzeit beträgt sie nur ein Fünftel aller Mitglieder des betreffenden Parlaments, ein zweifaches niedriger gegriffener Satz. So hätten zum Beispiel die Reichstag und Kommunale in vorigen Reichstag die parlamentarische Tätigkeit dadurch zu sabotieren verhindern können, daß sie jeden Tag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragten. Ihre Anwesenheit im Reichstag reichte zur Annahme eines Antrages auf Einsetzung eines solchen Ausschusses aus, nur sie davon keinen Gebrauch gemacht haben, so liegt es sicherlich nicht an ihrer Neigung für einen normalen Gang des parlamentarischen Systems, sondern an ihrer Unfähigkeit, dieses zu sabotieren. Dazu reicht eben bei ihnen nicht.

Weiter müßte man die Zahl der Mitglieder der Ausschüsse gering halten. Es ist ein Übel, daß Abgeordnete sich mit den Fragen befassen, die vor das Ausschüsse kommen. Eine große Anzahl von ihnen wird damit anderen wichtigen Arbeiten entzogen; in aber ist es auch einer geistlichen Leitung schwerlich, bei einer so großen Anzahl von Mitgliedern die einanderstrebenden Tendenzen der einzelnen bei der Angelegenheit zu vereinen und die Richtung der Untersuchung auf die Hauptpunkte zusammenzufassen, erfindende und nebenhändige Abschweifungen aber zu vermeiden. Eine Körperschaft von 12-15 Mitgliedern, in den kleineren Präsidien mindestens je ein Sitz ge-

währleistet wäre und die größeren je nach ihrer Zahl stärker vertreten sein müßten, würde vollkommen ausreißend sein und die Straffheit der Untersuchung weitlich fördern.

Die Hauptgesichtspunkte in jedem einzelnen Verfahren müssen dem Vorsitzenden dem Berichterstatter und den Beisitzern der Ausschüsse stets klar vor Augen gehalten werden, damit das Wirren im Nebengebiet vermieden wird. Was dies für die Förderung des Ganges der Untersuchung und die Erzielung von Ergebnissen bedeutet, das zeigt besonders deutlich ein Vergleich der Arbeit des Ausschusses über die Gewährung von Staatsbank-Krediten an ausländische Konzerne, gewöhnlich Barma-Ausschuß genannt, mit dem Ausschuss zur Untersuchung der Vorläufe des Barma bei der Landes-Präsidenten-Briefe an den Landtag. Jener bewegt sich in tagelangen Verhandlungen auf allen möglichen Nebenwegen, deren Zusammenhang mit dem eigentlichen Thema niemand mehr zu erkennen vermag; dieser hält sich streng an sein eigentliches Gebiet und berührt andere Fragen nur da, wo sie unloslich mit ihm verbunden sind für die Beurteilung des zentralen Problems unentbehrlich sind. Dies ist auch ein Beweis dafür, daß die Führung des Vorhanges durch einen Juristen keinerlei Gewähr für eine sachgemäße Behandlung bietet. Denn obwohl der „Barma-Ausschuß“ unter dem Vorsitz des juristisch vorgebildeten Abgeordneten Dr. Leising steht, ist er doch auf diese Abwege geraten, weil eben der vorkommende Leiter zu schwach, vernünftig auch nicht geeignet ist, dem Drängen der Deutschnationalen auf Gebiete, auf denen sie durch demagogische Entstellungen der Wahrheit propagandistische Erfolge zu erzielen hoffen, trotz besserer Erkenntnis des eigentlichen Wesens seiner Aufgabe zu widerstehen. Dagegen duldet die mütterliche Leitung des Präsidentschafts-Ausschusses durch den Genossen Leising keinerlei Abweichung. Freilich hat er es auch insofern leichter, als unsere Genossen es lediglich auf die tatsächliche Klärung des Sachverhalts und die daraus zu ziehenden Folgerungen abgesehen haben, und sie daher der Gefahr nicht unterliegen, reichlich vorliegende interessante oder sensationelle Nebenabsichten zu Beweisstücken zu machen. Die Deutschnationalen und Volksparteier aber bewahren ja in diesem Ausschuss, in dem es sich um die Verfassungen von Beamten der alten Schule, Adligen und Großagrariern, handelt, ein geradezu unheimliches Schweigen, ebenso die Kommunisten, die, ihrer Ueberlieferung getreu, im Kampfe gegen diese Gesellschaft den Mund halten, da er ihnen für ihren allein gegen die Sozialdemokratie geführten Kampf kein Material liefern kann.

Der Verkürzung und Zusammenfassung der Verhandlungen könnten auch Bestimmungen dienen, die das Recht der Fragestellung betreffen. Dieses müßte in erster Linie dem Vorsitzenden und dem Berichterstatter vorbehalten, für die Vertreter der Parteien jedenfalls so weit eingeschränkt werden, daß bei der Befragung jedes Zeugen höchstens ein Fragesteller jeder Partei zugelassen werden dürfte. Von diesem könnten dann auch Fragen, die anderen Ausschussmitgliedern aufsteigen, mitgeteilt werden. Um ein sachliches Arbeiten im Sinne der Antragsteller zu gewährleisten, sollten diese bei der Stellung des Vorsitzenden bevorzugt werden, ohne Rücksicht auf die sonst in den Ausschüssen beachtete unsichere Reihenfolge.

Werden alle diese Gesichtspunkte berücksichtigt und durch geschäftsordnungsmäßige Bestimmungen oder allmähliche Uebung festgelegt, so werden die Missetat, die den Untersuchungsausschüssen anhaften, zum großen Teil beseitigt werden. Vor allen werden die in den Ausschüssen vertretenen Abgeordneten sich stärker als ein Richterkollegium betrachten lernen, das zwar über politische Fragen zu urteilen hat und auch politische Gesichtspunkte durchaus nicht außer acht lassen, das aber auf keinen Fall ein Sammelforum vom Thema abliegender parteipolitischer Streitigkeiten herzutragen darf, wenn sich etwas Ersprießliches aus seinen Untersuchungen ergeben soll. Wertvolle Anträge sind auch nach dieser

Richtung hin schon vorhanden. So hat zum Beispiel der Ausschuss des vorigen Landtags zur Untersuchung der Porzellan-Affäre, der bekanntlich mit überwältigender Mehrheit durch seine Arbeit die gegen den damaligen Handelsminister, unseren Genossen Giering, gerichteten Anwürfe als haltlos festgestellt hat, Gutes gewirkt. Die unzweifelhaften Schädigungen an persönlicher Ehre und auch an materiellen Interessen, die manche vor die Untersuchungsausschüsse gezogenen Zeugen durch eine die öffentliche Verdächtigung geradezu provozierende Fragestellung einzelner Ausschussmitglieder erfahren, würden dann vermieden und die Untersuchungsausschüsse unter Abtötung der ihnen anhaftenden Schwächen zu einem wirksamen Mittel der Reinigung einer über geschwängerten politischen Atmosphäre werden.

Neue Zeugen im Ebert-Prozess.

Magdeburg, den 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag nahm der Magdeburger Verleumdungsprozess seinen Fortgang. Die Verteidigung unternahm sofort einen neuen Vorstoß, der geeignet ist, den Prozess weiter in die Länge zu ziehen. Rechtsanwalt Lütgebrune rückt mit einem umfangreichen neuen Beweis an: Die Vernehmung von Führern und Funktionären der S.P.D. gebe kein richtiges Bild von der Einstellung der Sozialdemokratie. (1) Der frühere Reichsanwalt Michaelis (!) und der frühere Chef der Reichsanwaltschaft Gräfenhagen bezeugen, daß die S.P.D. im Laufe des Krieges ihren Standpunkt zur Landesverteidigung verlassen habe. Die Staatssekretäre v. Rühlmann und Zimmermann (!) werden als Zeugen dafür benannt, daß zwischen dem österreichischen und dem deutschen Rüstungsstreit unrichtige Beziehungen (!) bestanden haben. Ein Oberleutnant Reiner, damals Leiter der Spanbauer Munitionswerkstätten, soll bezeugen, daß schon vor dem Streit eine Sitzung der Funktionäre im Formarsgebäude stattgefunden habe und die Nachricht vom Eintritt Eberts in die Streikleitung durch besondere Kuriere nach Spanbau gebracht worden sei. Ueber die Tätigkeit Eberts in der Streikleitung sollen Ledebour und Frauheim Cläre Gospar vernommen werden. Schließlich wird ein Oberleutnant als Zeuge dafür benannt, daß durch den Streit ein großer Munitionsausfall in den Artilleriebetriebs entstanden sei. Die Staatsanwaltschaft behält sich ihre Stellungnahme auf diese lange Reihe neuer Beweisanträge vor.

Dann marschieren eine große Zahl von Zeugen, meist von der Verteidigung geladen, auf, die ebenfalls über den Streit und die Treptower Verammlung Auskunft geben sollen. Die Verteidigung erhebt mit ihren Zeugen einen schweren Reinfall. Kriminalassistent Reim von der Politischen Polizei in Berlin bezeugt die bisherigen Aussagen der Zeugen der Staatsanwaltschaft: Ebert habe gegen den Streit gesprochen. Unter den Arbeitern sei, bereits bevor die Verammlung stattfand, die Parole ausgegeben worden, den Gestaltungsbeschlüssen solle nicht Folge geleistet werden. Ausdrücklich erklärt dieser Zeuge, er glaube nicht, daß eine solche Aufforderung von Ebert ergangen sei, wie er überhaupt den Eindruck gehabt habe, daß durch Eberts Rede der Streit nicht geführt wurde. Ebert habe erklärt, die Parteileitung werde sich dafür einsetzen, daß die Gestaltungsbeschlüsse zurückgenommen werden.

Der Zeuge Paul Krause, von der Staatsanwaltschaft geladen, war auf dem Schießfeld der Arbeitsschule des Kronzeugen Syrig. Beim Schießversuch habe Syrig zu ihm gesprochen, solange die S.P.D. an der Führung sei, werde man überhaupt keinen Streit durchführen. Bei dieser Gelegenheit sei er auch auf den Streit von 1918 zu sprechen gekommen und habe erklärt, jener Streit sei zugrunde gegangen, wenn die S.P.D. nicht sich hingemittelt hätten. Als der Streit beinahe Erfolg gehabt hätte, sei Ebert nach Treptow gekommen und habe durch seine Rede den Streit abgemürt. Wenn Ebert als Vorsitzender der Partei den Streit nicht abgeblasen hätte, würde sich der Streit ohne weiteres allgemein ausgebreitet haben und der Krieg wäre dadurch zum Abschluß gekommen. Syrig erklärt die Angaben Krauses als unwahr. Krause: Etwas anderes habe ich von Syrig nicht erwartet.

Das Programm der italienischen Sozialisten.

Der Kongress der unitarischen (vereinigten) Sozialisten in Rom schloß mit der Annahme einer von Turati beantragten Resolution, die die entscheidende Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus und für die Freiheit fordert. Die Resolution verlangt freie Wahl, gleichgültig ob die Oppositionsparteien daran teilnehmen oder nicht. Die Entschiedenheit spricht sich ferner für die Angleichung des marxistischen Programms an die neuen Verhältnisse aus, vor allem gegen die Durchführung des Kampfes gegen die Plutokratie und zur Sicherung der gewerkschaftlichen Freiheit und Einheit. Die Entschiedenheit wünscht schließlich Stärkung und Erweiterung des Völkerverbundes.

Aus aller Welt.

Rudolf Steiner geboren.

Im Alter von 64 Jahren ist in Dornach Dr. Rudolf Steiner, bekannte Leiter der anthroposophischen Bewegung, am Montag nach langjährigem Leiden gestorben. Der Weltanschauer nach war er zunächst Händwerker, dann Schriftsteller, politisch nannte er sich Anarchist und war sozialdemokratischer Arbeiter als Sozialist, was ihn übrigens nicht hinderte, im Rahmen sozialdemokratischer Bildungsorganisationen Vorträge über literarische Themen zu halten. Steiners Wandlung erfolgte um die Wende des Jahrhunderts. Der frühere Händwerker wurde ein Art Gelehrter als solcher fand der Anarchist Eingang in höchste und allerhöchste Kreise. Die Ideen, die er in seinen nun in reicher Fülle erschienenen Schriften niederlegte, waren nur zum geringen Teil seines geistigen Eigentums. Die Methode, die das dem Menschheit unerschöpfliche Wissen zu fassen vermag, machte Eindruck auf die jährlich wachsende Schar der „modernen“ Leute, und in Form der Lehre, in den praktischen Uebungen, denen sich jeder selber relativ mühelos unterziehen kann, lag eine mächtige propagandistische Kraft. Man beginnt etwa damit, daß man sich in Uebung des Wachens und des Bergehens einer Pflanze konzentriert, und man steigt dann über eine Stufenleiter höherer Zimmernummern immer höher und höher, bis schließlich die Fähigkeit der Erkenntnis überirdischer Welten erlangt ist. Die Welt Steiner selbst an dieses mystische Symbolismus mit all dem Drum und Dran geklebt hat, ist zweifelhaft. Steiner wurde Politiker, Richter, Pfarrer, schließlich sozialer Tanzführer — und dies alles lediglich aus der Fülle der Intuition, ohne irgend welche gründliche theoretische oder praktische Ausbildung.

Da der Einzug Steiners nicht auf seiner Person beruhte, denn im wesentlichen das Echo des Zeitgeistes war, der einen Teil der heutigen Kulturgeschichte mit mystischen Umwandlungen heimlich, so ist anzunehmen, daß keine Lehren dem des Meisters eine Weile überdauern werden.

Der Tod im Badeszimmer.

Immer und immer wieder müssen tragische Unglücksfälle verzeichnet werden, die sich im Badeszimmer abspielen, weil so außerordentlich viele Menschen über die einfachsten technischen Dinge nicht Bescheid wissen. In den Anlässen ist sowohl das Gas wie auch die Elektrizität beteiligt. Was die letztere anlangt, so bestehen strenge Sicherheitsvorschriften für die Verlegung von Leitungen und Beleuchtungsapparate in feuchten Räumen, zu denen ungewisslich jedes Badeszimmer gehört. Sie werden leider vielfach nicht beachtet. Die vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen werden nicht beachtet und werden nicht erfüllt, oder sie werden erfüllt. Es muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß das Ansetzen geschädigter Glühlampen oder von Griffen von Scharfen, die für trockene Räume bestimmt sind, mit Lebensgefahr verbunden sein kann, wenn sie durch die Verbindung von Wasser die Lampen oder Schalter mit einem Wasser und

heißem sind, halten streng darauf, daß ihre Feiertage beachtet werden. Dadurch ist die merkwürdige Tatsache entstanden, daß in Jerusalem zweimal Wochentagen, zweimal Öhren und viermal Neujahr gefeiert wurde und daß es jede Woche drei Sonntage gibt. Da ist der christliche Sonntag, an dem alle christlichen Bäder geschlossen, aber die anderen geöffnet sind. Sonnabend ist der jüdische Sabbat, an dem kein jüdisches Geschäft offen ist, und am Freitag, dem Gebetsstag der Mohammedaner, sind die Anhänger des Islams in der Moschee versammelt und arbeiten nicht. Von Donnerstag abend bis Montag früh herrscht kein regelmäßiges Geschäftleben in Jerusalem, und das macht sich nicht nur in den Haushalten, sondern auch in den Büros bemerkbar. In den Regierungsstellen, wo Beamte aller drei Glaubensbekenntnisse beschäftigt sind, kann 3 Tage in der Woche nur wenig gearbeitet werden. Der Oberste Kommissar J. B. ist ein Jude, der am Sonnabend nicht zu sprechen ist, dafür arbeitet er am Sonntag. Der Staatssekretär ist ein Christ, der am Sonntag fehlt, viele der unteren Beamten wieder jüdischen dem Islam und arbeiten nicht am Freitag. Eine gedehnte Zusammenarbeit ist also nur an vier Tagen der Woche möglich. Außerdem wurde in Jerusalem zuerst das allgemeine Osterfest und dann 19 Tage später das griechisch-katholische gefeiert. Auch der Neujahrstag fällt in den griechisch-katholischen Kirche später. Noch später im Jahr ist das Maharram, der Neujahrstag der Moslems, und das jüdische Neujahr wird gewöhnlich Anfang September begangen.

Der Tod im Badeszimmer.

Immer und immer wieder müssen tragische Unglücksfälle verzeichnet werden, die sich im Badeszimmer abspielen, weil so außerordentlich viele Menschen über die einfachsten technischen Dinge nicht Bescheid wissen. In den Anlässen ist sowohl das Gas wie auch die Elektrizität beteiligt. Was die letztere anlangt, so bestehen strenge Sicherheitsvorschriften für die Verlegung von Leitungen und Beleuchtungsapparate in feuchten Räumen, zu denen ungewisslich jedes Badeszimmer gehört. Sie werden leider vielfach nicht beachtet. Die vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen werden nicht beachtet und werden nicht erfüllt, oder sie werden erfüllt. Es muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß das Ansetzen geschädigter Glühlampen oder von Griffen von Scharfen, die für trockene Räume bestimmt sind, mit Lebensgefahr verbunden sein kann, wenn sie durch die Verbindung von Wasser die Lampen oder Schalter mit einem Wasser und

daher den Strom leitenden Wasserstrahl („beschlagen“) überzogen haben. Besonders gefährlich ist dieses Ansetzen, wenn ein Mensch mit nassen Füßen im Wasser steht und mit nasser, womöglich feuchter Hand die Berührung vollzieht. Bei Gasbadefest muß stets daran gedacht werden, daß es nicht damit getan ist, daß ein Abzugsrohr vorhanden ist. Dieses wird oft bei ungenügendem Wind nicht genügend. Die Hauptfrage ist, daß der Gasbrenner genügend Luft bekommt. In kleinen Badezimmern sollte daher stets die Tür offen bleiben, während er brennt, oder das Fenster etwas geöffnet werden. Bei ungenügender Luftzufuhr bildet sich bei der Verbrennung das giftige Kohlenoxydgas, das übrigens tödlich geruchlos ist und infolge seiner Schwere sich vorzugsweise am Boden und in der Nahe unmittelbar über dem Wasserpiegel ansammelt, so daß unter Umständen ein im Bade Liegender davon vergiftet wird, während ein im Zimmer Stehender noch nicht darunter leidet. Man sollte nie ins Bad gehen und gar die Tür verriegeln, solange noch der Ofen brennt. Wichtig ist es, nachdem die Wärme genügend mit heissem Wasser gefüllt ist, noch einmal kurz durchzug herzustellen. Findet man einen Betäubten in einer Kammer, so soll man zuerst das Fenster öffnen und sich bei der Hilfeleistung nicht zu stark hüten. In der Regel wird es stets am besten sein, nicht selbst mit meist ausichtslosen Ver suchen zu verlieren, sondern unverzüglich die Feuerwehr anzurufen und einen Sauerstoffapparat kommen zu lassen. Das gilt auch bei Unglücksfällen durch den elektrischen Strom.

Die Mutter Charlie Chaplins.

Frau Hanna Chaplin, die Mutter Charlies, des berühmten Filmkomikers, muß nunmehr die Vereinigten Staaten verlassen. So haben die Beamten des Einwanderungsamtes beschlossen und alle Bitten des populären Kinohelden konnten daran nichts ändern. Frau Chaplin, eine Engländerin, war feinsinnig über die Quoten zugelassen worden, weil sie nach den Bestimmungen der Vereinigten Staaten kam um sich anzusehen, behandelt zu werden. Später erhielt sie eine Aufenthaltserlaubnis, aber jetzt, so erklären die Einwanderungsbeamten, sei es genug. Charlie hat sich erdrosselt gemacht, eine hohe Bürgschaftsumme hatte zu leisten, daß seine Mutter nie bei öffentlichen Wohlthaten zur Verfügung würde, daß das half alles nichts. Frau Chaplin muß die Vereinigten Staaten verlassen, sonst wird sie nicht wieder in dem Lande gelassen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 1. April.

Sozialdemokratische Partei.

Jugendaktivisten. Heute Seminar 6 Uhr — Gewerkschafts-Kursus Dr. Sternberg, 8 Uhr, bei Görlisch, Köpferstraße 13. Seminar um 1/2 7 Uhr im Gewerkschaftshause.

Arbeiterjugend, Heim 9. Heute abends 8 Uhr findet in unserem Heim die Funktionärsführung statt. Jeder Funktionär muß unbedingt erscheinen.

Aufwertungsvorlage und Gemeinden.

Schon bei der Beratung des Zinsausgleichsgesetzes ist von allen Seiten auf den Zusammenhang zwischen der Erledigung des Aufwertungsproblems und der neuen Steuerregelung für die Gemeinden hingewiesen worden. Die neue Vorlage der Reichsregierung ermöglicht jetzt ungefähr einen Überblick über den Umfang der Belastung, der den Gemeinden aus dieser Regelung entfallen wird. Die Gemeinden sind unter zweierlei Gesichtspunkten der Aufwertung interessiert. Einmal sind sie fast durchweg Garantien der öffentlichen Sparkassen und als solche haben sie ein natürliches Interesse daran, daß die Aufwertungsmasse der Sparkassen nur unwesentlich beeinflusst und die Hoffnungen, die sie an die Sparkassen gesetzt haben, nicht durch die Aufwertungsvorlage gefährdet werden. Man darf dabei ohne weiteres annehmen, daß dies auf ganz geringe Veränderungen der Zinssätze der Sparkassenbücher als bei der Aufwertung anzusehen, da auch wenn sie nicht offiziell einer bestimmten Kategorie von Rentempfangern oder Unterhaltungsberechtigten angehören. Das Vermögen der Sparkassen ist aber durchweg entweder in Hypotheken oder in Kriegsschulden bzw. Kommunalanleihen angelegt. Die geringfügige Herabsetzung der Hypotheken wird die Verteilungsmasse der Sparkassen nur unwesentlich beeinflussen und die Hoffnungen, die die Sparkassen auf eine solche höhere Aufwertung gesetzt wurden, durch die jetzige Vorlage keineswegs gefährdet. Sowohl die Verteilungsmasse der Sparkassen als auch die Aufwertungsvorlage sind für die Sparkassen fast gleichgültig. Denn für die Sparkassen kommt es nicht auf an, daß nach zehn oder zwanzig Jahren etwas geschehen soll, ihnen hilft nur sofortige Unterstützung. Ist ein Wertlos in die Aufwertung der Kriegsschulden aufgetragen und die Aufnahme des Zinsendienstes für diese 5 Prozent, wenn die Möglichkeiten einer Auszahlung von Sparkassen-Grundbesitz für die Verteilungsmasse sind äußerst gering, im besten Falle wird im Durchschnitt eine Verzinsung von 2 bis 3 Prozent das Ergebnis der ganzen Aktion sein.

Die Regierung scheint das selbst einzusehen zu haben, denn die Vorlage sieht vor, daß für die Sparkassen und besonders für die Extraausstattung bis zu 150 Millionen Mark ein Guthaben von 150 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden soll. Wenn auch nicht der ganze Betrag von rund 150 Millionen Mark für die Aufwertung in Betracht kommen wird, so ist doch verhältnismäßig so viel übrig, daß die volle Aufwertung dieser 150 Millionen nur an die Sparkassen nichts weiter sein wird, als ein Tropfen auf den heißen Stein. Schon bei den früheren Beratungen des Aufwertungsproblems ist deshalb gefordert worden, daß außer den Erträgen einer besonderen Aufwertungs- und Inflationssteuer auch die Mindererträge des Reiches, die mindestens noch einmal 150 Millionen betragen werden, für solche Zwecke zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Reichsregierung will aber weder eine besondere Steuer für die Aufwertung erheben, noch die unbedeutenden Einnahmen, über die die Reichskasse zurzeit verfügt, für die Sparkassen zur Verfügung stellen. Diese Einnahmen sind nur der Schwerindustrie und nicht den Armen zur Verfügung. Die Gemeinden haben aber ein großes Interesse daran, daß die Aufwertungsmasse ihrer Sparkassen durch Reichsmaßnahmen geschützt wird, weil davon zum Teil auch die Aufwertung ihrer Sparkassen abhängt. Die Vorlagen der Regierung zeigen, daß sie bei den Hauptfragen der Schwerindustrie und der Aufwertung nicht rechnen können.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der Aufwertungs-Vorlage für die Gemeinden zu sehen. Sie wollen ebenso behandelt werden wie die Reichsanleihen, d. h. auf 5 Prozent aufwertet werden, unter Berücksichtigung des alten Besitzes. Besondere Erwähnung wird über die Deduktion in der Regierungsvorlage das eine gesagt, daß die verschiedenen Beträge der Gemeinden herangezogen werden sollen. Im gleichen Augenblick werden aber diese verschiedenen Beträge in allen Steuern, die nur zur Umsatz- und Gewerbesteuer, sondern auch in Einkommen- und Körperschaftsteuer voll herangezogen. Dadurch wird ihnen jenseits schon ein, namentlich bei den Monopolbetrieben, sehr schwere Last aufgelegt. Auch die Aufwertung der Gemeindeforderungen soll jetzt aus diesen Betrieben herausgeholt werden. Eine Herabsetzung des Zinsfußes will die Regierung unter allen Umständen vermeiden. Das wird in der Gemeindeforderung sich selbstverständlich verhängnisvoll auswirken. Den neuen Lasten steht eine Möglichkeit gegenüber, die Lasten der Werke entweder nicht zu erhöhen oder sie auf ihrer jetzigen untragbaren Höhe zu lassen. Der Kurs der Rechtsregierung ist klar, er geht eindeutig gegen die Gemeinden. In den Beratungen der Gemeindeforderungen muß diese Tendenz von unseren Genossen überall deutlich und energisch unterstrichen und bekämpft werden.

April.

Er fängt gleich gut an, der Monat April, mit Scherz und Humor. Es mancher wird wohl auch diesmal das Opfer eines prächtigen Humors werden und glücklich ist er zu nennen, wenn er sich in diesem Humor in die Lage des Aprilnarren — Spottname eines in den April Geschickten — hineinfindet. Weltlicher Geist ist natürlich der, welcher beim Aprilnarren nicht die positive, die lebende Rolle spielt, sondern die aktive, die tötliche, und den lieben Mitmenschen schon angeführt hat. Diese tötliche, am ersten April jemanden irrezuführen, ihn mit einem überflüssigen wachen Auftrag irgend wohin zu schicken, soll aus den Passionsspielen herrühren und wäre ursprünglich eine Verurteilung des positiven Hinn- und Herzlichen Christi (verweise die Redenart: von Pontius zu Pilatus (Schick) gemeint). Woher bringen die Götter mit dem trügerischen Aprilwetter in Verbindung. Jedenfalls legt uns gleich der Monatsanfang mit dem April und Humor es nahe, diese trügerischen Eigenschaften, die es Leben viel leichter und fröhlicher machen, höher anzuschlagen und nach solch freiem Sinn immer wieder zu streben, wenn er in einem Augenblick verloren gegangen ist. Hier muß frisch sein, denn es gut schmecken soll und so macht auch ein fröhlicher, froher Sinn das ganze Leben viel schmackhafter.

Wie mancher mag am 1. April seine Wohnungsmiete doppelt bezahlen empfinden und sich eine unangenehme Überraschung ausmalen, wenn er daran denkt, daß — oh, wie langsam ist der April — den ersten Tage im April die Hauptaufmerksamkeit war, wo man die großen Möbelwagen auf den Straßen sah. Da will man sich ein Apriltag von anno heute gar nicht recht gefallen lassen, der früherer Jahre. Doch der oben erwähnte humorvolle Blick auf das Aprilwetter, man mag sich zu freuen. Er heißt das Wort aus dem Volksmund: Dreimal ausgesprochen ist es

schlimm, wie einmal abgebrannt. Er stellt sich recht lebendig die Schrecken des Umzuges vor: viel Sorge der geplagten Hausfrau, kein klüdes Wäsche für den Mann, höchstens Juch und Trüdel der Kinder. Die nötigsten Dinge lassen dabei abhandeln oder werden verlegt, die dem Herzen teuersten Gegenstände zerklüftet. Also so spricht der Weise, der allem eine gute Seite abzugewinnen versteht, will ich nicht klagen, sondern vielmehr den Lauf der Geschicke prüfen, der vor solchem Xerxes mich in den letzten Jahren und auch diesmal bemerkt hat.

Der April wird auch der Ostermonat genannt, fällt doch fast immer das schöne Osterfest in seinen Zeitraum. Es ist so recht ein Frühlingsfest, das alt und jung hinausführt in Feld und Flur, um dort die Auferstehung der Natur mitzufeiern. Jetzt ist die richtige Zeit, das Auge zu öffnen für die Wunder draußen, zu schauen das Entstehen und Werden der Pflanzenwelt, das Ohr zu stimmen für den jubelnden Gesang der Vögel. Den Kindern läuft dann noch der Osterhase über den Weg, verstreut ihnen seine bunten Eier, die er einstweilen hinter den vielen Schaufensterne zu verlockend aufbewahrt und macht ihr Glück vollständig.

Mit der Pflege von Gerechtigkeit und Familiensinn ist es beim Monat April recht eigen bestellt. Gewiß bringt er oft abwesende Kinder zu den Osterferien heim ins Elternhaus und versammelt sie dort mit lieben Freunden und Verwandten um die Osterschüssel. Aber sehr oft auch entführt er die jugendliche Jugend aus dem traurigen Nest in die Ferne, in die Lehre, zu harter Arbeit, zum Kampf des Lebens. Gerade in dem April fällt so vieles, was Gegenstand der Familiengeschichte ist: Schulbeginn und Schulentlassung, Osterzeugnisse, Einsegnungen, Berufswahl usw. Alles in allem ein sehr gewichtiger Monat.

Steuerkalender für April 1925.

1. April: Zahlung der zweiten Rate der erhöhten Obligationsteuer. Für die dinglich gesicherten Obligationen ist bis auf weiteres Stundung gewährt. Schonfrist eine Woche.

5. April: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die vom 21. bis 31. März einbehaltenen Beträge. Keine Schonfrist.

10. April: Voranmeldung und Vorauszahlung der Einkommensteuer mit Schonfrist von einer Woche

a) der gewerblichen Monatszahler für März; b) der gewerblichen Vierteljahrszahler für das erste Vierteljahr 1925;

c) derjenigen, die Einkommen aus Grundbesitz einschließlich Vermietung und Verpachtung, freiem Besitz und diesem gleichgestellten Gewerbebetrieb, ferner aus Arbeitslohn von über 2000 Mark vierteljährlich und aus sonstigen Einnahmen im Sinne des Einkommensteuergesetzes haben, für das erste Vierteljahr 1925.

Voranmeldung und Vorauszahlung der Körperschaftsteuer seitens der Monats- und Vierteljahrszahler für März bzw. das erste Vierteljahr 1925. Schonfrist eine Woche.

Voranmeldung und Vorauszahlung der Umsatzsteuer seitens der Monatszahler für März, seitens der Vierteljahrszahler für das erste Vierteljahr 1925. Schonfrist eine Woche.

15. April: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die vom 1. bis 10. April einbehaltenen Steuerbeträge. Keine Schonfrist.

Grundvermögenssteuer nebst Gemeindezuschlag und Hausinssteuer. Schonfrist eine Woche.

25. April: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die vom 11. bis 20. April einbehaltenen Steuerbeträge. Keine Schonfrist.

Zahlt das Schulgeld pünktlich!

Die hiesige Schulverwaltung gibt bekannt, daß vom 1. April ab das Schulgeld bis zum dritten Kalendertage jeden Monats zu entrichten ist. Sieben Tage nach der Fälligkeit, also mit dem 11. jeden Monats, beginnt die Zwangsverhaftung. Bei unpünktlicher Zahlung des Schulgeldes ist möglichenfalls die Verweisung des Schülers von der Anstalt zu erwarten. Die Schulgebühren bleiben bis auf weiteres unverändert bestehen. Sie betragen demnach für das erste einheimische Kind an den höheren Schulen 12 Mark, an den Mittelschulen 6 Mark. Auswärtige zahlen für das erste Kind 15 Mark und 7,50 Mark, das zweite Kind ist jeweils frei. Die Einheimischen bezahlen für einheimische Kinder auf 5 Mark und 2,50 Mark für auswärtige auf 6,25 Mark und 3,10 Mark.

Es geschehen noch Wunder.

Wie uns der Magistrat mitteilt, haben die Breslauer Hausbesitzer durch eine Deputation erklären lassen, daß sie in Anerkennung der wirtschaftlichen Notlage der arbeitenden Bevölkerung auf die Erhebung des für April gesetzlich festgesetzten Mietzuschlages (der bekanntlich 10 Prozent beträgt), Verzicht leisten.

Die Arbeiterjugender des I. Bezirks, Breslau und Umgebung.

Hielten am 15. März ihre Jahresversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende gab, war ein weiteres Anwachsen an Mitgliedern zu entnehmen. Es sind dem Bezirk 28 Vereine angegeschlossen, von denen 15 Männerchöre, 11 gemischte Chöre und 2 Frauenchöre mit zusammen 1532 Mitgliedern sind. Besonders ist der Zusammenschluß der beiden Vereine „Eberhart“ und „Nikolaitor“ unter dem neuen Namen „Männerchor Breslau“, mit etwa 160 Mitgliedern, zu begrüßen. Auch die gemischten Chöre erfreuen sich eines regen Zuspruches und haben an Mitgliederzahl die Männerchöre bereits überholt. In den 28 Vereinen sind 16 Dirigenten tätig, an die ein Honorar bis 80 Mark monatlich gezahlt wird. Die äußerst schlechte wirtschaftliche Lage der Vereinsmitglieder erschwert es, die Beiträge aufzubringen, um Notensmaterial, Dirigentenhonorar, Zimmermieten usw. bestreiten zu können. Der Männer-Gesangverein „Breslau-Weiß“ hat einen Jugendchor ins Leben gerufen, der sich eines regen Zuspruches erfreut und bereits über 100 Jungen und Mädchen zählt. Im Bezirk fanden fünf Massenproben statt, in denen Massenchor zu Konzertenanstellungen des Bezirks und für das 5. Schließliche Sängerfest geübt wurden. Die Konzertenanstellungen der einzelnen Vereine zeigten von recht fleißigem Studium. Mitglieder und Dirigenten sind bemüht, allen Rückschlüssen aus den Programmen zu lauschen und nur gute Rats für die Zukunft zu bringen, um möglichst zu wirken. Wünschen dieses Jahres findet das 5. Schließliche Sängerfest in Breslau statt, über 4000 Mitglieder aus der Provinz und aus Ober-Schlesien haben bereits ihr Erscheinen zugesagt. In der Jahrhunderthalle werden sich am 1. Feiertag gegen 3000 Sänger und Sängerinnen zu gewaltigen Massenproben versammeln. Männerchöre, gemischte Chöre und Frauenchöre werden bezeugen, daß nur ernste Arbeit in unseren Vereinen gepflegt wird, trotz aller Hindernisse. Wir wollen wir sehen, bis nach Breslau kommen

einige recht frohe Stunden bereiten, so daß alle drei Feiertage mit Unterhaltungen ausgefüllt sind, für uns Breslauer ermöglicht eine besonders große Aufgabe, indem Nachquartiere für unsere Gäste zur Verfügung gestellt werden müssen. Ein besonderer Aufruf an die Breslauer Arbeiterjugend wird in der Presse nach Erscheinen, um Unterkunft für unsere Landsleute zu schaffen. Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl des Gesamt-Vorstandes. Alle Anfragen des Bezirkes sind an den Vorsitzenden, Karl Seeliger, Weißburger Straße 10, II, zu richten.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Banner 8. Heute abend pünktlich 1/8 8 Uhr: Monatsversammlung bei Bräuer, Gabitzstraße 22 (im kleinen Saal). Wichtige Tagesordnung. Jeder Kamerad muß erscheinen. Um 1/2 8 Uhr: Vortrag des Kameraden Rechtsanwalt und Notar Ludwig Forster (im großen Saal). Angehörige und Gäste haben Zutritt. Eintritt frei.

Was will die Arbeiterjugend?

Gestern haben sich die Schulkollegen zum letzten Male hinter so vielen Burgen und Wädeln geschlossen. Für die arbeitende Jugend bedeutet das kein Freudentag; jetzt heißt es, für die Familie mitzuarbeiten. Da merkt so manches Mädel und mancher Burche, wie das arbeitende Volk geplagt und gekümbet wird. Voll Verzweiflung trottet man dann mit in die Bahn der Waislosen. Das darf nicht sein. Wir müssen als arbeitende Jugend das Leben meistern. Kämpfen müssen wir um bessere Lebensbedingungen. Einzelne erreichen wir nichts; aber zu vielen vereint, schaffen wir's doch. Darum gehört jeder Burche und jedes Mädel aus dem Proletariat in den Arbeiterjugend-Verein. Hier kämpfen die jungen Genossen und Genossinnen um ein menschenwürdiges Leben. Um nun den schulentlassenen Burchen und Wädeln zu zeigen, welches die Ziele der Arbeiterjugend sind, findet heute abend in dem einzelnen Stadtteilen Jugendversammlungen statt. Neben Viedern und Rezitationen wird ein Jugendgenosse über „Die Ziele der arbeitenden Jugend“ sprechen.

Vor allen Dingen sind alle Parteigenossen und Genossinnen eingeladen, denn ihre Burchen und Wädel gehören zuerst in die Arbeiterjugend.

Die Versammlungen beginnen um 8 Uhr und finden statt: Im Bezirk Oberort, Michaelisstr. 36 (Kinderhort). Im Bezirk Sandtor, Bendor-Oberreal-Schule am Lehndamm. Im Bezirk Nikolaitor, Berliner Str. 63 (Schulhaus). Im Bezirk Popelwitz, Rischkefschule.

Arbeitende Jugend! Parteigenossinnen und Genossen! Für heute abend lautet die Parole: In die Jugendversammlung der Arbeiterjugend.

Eine Werbefeier für die Schulentlassenen.

Veranstalten die Heime 2 und 8 der Sozialistischen Arbeiterjugend in der Nähe der Dienerschule (Dieners Straße) am 2. April, abend 7 1/2 Uhr. Das abwechslungsreiche Programm bietet Viedern, Rezitationen, Volkstänze und Spiele. Alle Burchen und Wädel, welche die Schule Otern verlassen, sind mit ihren Eltern herzlich eingeladen. Eintritt ist frei.

* Ein junger Walfisch wurde heute vormittag gegen 9 Uhr in der Nähe der Universitätsbrücke in der Ober-Deutscher-Deer mochte etwa 1 1/2 Meter lang sein und habete sich mit Krallen in den tiefen Fluten. Da es sich im Meere verhielt, so in die Ober-Deutscher-Deer mochte er aus einem Zoologischen Garten entlassen ist, steht zunächst nicht fest. Es soll verhandelt werden, ihn einzufangen. Inzwischen handelt es sich um einen schwarzen Walfisch, wie er in dem Bilde von Kallalon besungen worden ist.

* Bittoria-Theater. Täglich 8 Uhr die große Theater-sensation: „Auf ins Vittoria“, 20 Bilder. Als Gast: Jean Blahstein.

* Ein raffiniertes Betrugsfall konnte von der Fahndungsstelle der Reichsbahndirektion Breslau aufgedeckt werden. Es liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Zwei Berliner Kaufleute Krause und Dürrmann, behielten durch Vermittlung zweier Berliner Geschäftsfreunde eine Treibröhrensendung in Glandau in Schächen im Werte von 18000 Mark und dirigierten sie nach Breslau West. Der hiesige Expedient, der als Empfänger der Sendung bezeichnet worden war, erhielt die Deber, die Sendung nicht auf Lager zu nehmen, weil weitere Dispositionen folgen werden. Inzwischen traten die beiden Berliner Gauner mit einem eigenen Lastkraftwagen in Breslau ein und ließen sich mittels gefälschter Frachtbriefe in den Besitz dieser Sendung. Um die Nachforschungen nach dem Verbleib der Sendung zu erschweren, übergaben sie die Sendung sofort einer hiesigen Firma zwecks Weiterbeförderung auf dem Wasserwege nach Berlin. Dem schnellen und entschlossenen Handeln der Eisenbahneruntersuchungsbeamten ist es zu verdanken, daß die Ware wieder herbeigefahren und die Täter in Berlin dingfest gemacht werden konnten. Bei dieser Gelegenheit stellte es sich heraus, daß im Mai v. J. ein ähnlicher Schwindel verjagt worden war, wobei es sich um ein Vermögensobjekt von 36000 Mark gehandelt hatte. Die Täter sind infolge des vorliegenden Beweismaterials gefänglich.

* In der Karwoche dürfen Donnerstag, den 2. April, und Sonnabend, den 11. April in Theatern, Zirkussen, Kabarets, Kinos, Konzerten usw. im allgemeinen nur erste Darbietungen stattfinden. Am Karfreitag sind die genannten Unternehmungen grundsätzlich geschlossen zu halten. Ausnahmen sind nur zulässig: a) in Theatern, wenn es sich um Stücke handelt, die das Bühnenweihfestspiel „Parzival“ von Richard Wagner, das jüdische Christendrama oder andere Aufführungen dieser Art. Andersartige Theaterstücke sind verboten. b) In den Konzerten, in denen regelmäßig nur Darbietungen von höherem Kunstwert stattfinden, wenn es sich um recht geistliche Musik handelt. c) In Musiktheatern, wenn Bilder zeitlicher oder legendärer Inhalts vorgeführt werden. In Lokalen mit Schankbetrieb, gleichgültig, ob es sich um Cafés, Konzerte oder ähnliche Lokale handelt, sind musikalische Darbietungen jeder Art, also auch erste Musik, grundsätzlich verboten. Öffentliche Rennen, Dogkämpfe und ähnliche Veranstaltungen sind gleichfalls verboten, wenn sie gewerblichen Charakter tragen.

Bereinstalender.

Deutscher Metallarbeiterverband (Kaufhäuser). Donnerstag, den 2. April, abends 7 1/2 Uhr. Branchenversammlung. Lokal hiesige morgige „Volkswacht“. Tagesordnung: Bericht von der Lohnverhandlung.

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher. Im Sonnabend, den 4. April, findet zur Feier des 40-jährigen Bestehens der Organisation eine Zusammenkunft aller Kollegen im Gewerkschaftshause statt, wo neben der Ehrung der Jubilare, Reden und Vorträge stattfinden. Wir möchten bitten, für recht zahlreiches Besuchen zu sorgen. Eintrittskarten sind im Büro und an der Kasse zu haben. Die Maler-Verbandsversammlung. Donnerstag, den 2. April, abends 7 1/2 Uhr, findet im Büro, Zimmer 109, eine Sitzung aller Verbandsmitglieder der Section Hausmeister statt. Der Vorsitzende behält sich das Erscheinen aller Vertrauensleute, auch solcher Kollegen, welche nicht heimlich im Verbandsverzeichnis sind, vorbehalten.

Neuburg. Von einem tollwütigen Hunde angefallen und schwer verletzt wurde in Nees die Frau des Häuslers Koch, als sie ihren Hund vor den Hissen des Kranken Tieres in Sicherheit bringen wollte. Die Frau begab sich sofort nach Breslau zur Schikmpfung.

Neisse. Die Wahl teilte in Neisse einen ganz gewaltigen Bruch mit für die Sozialdemokratie. Während unsere Partei noch im September vorigen Jahres 481 Stimmen erhielt, steigerte sich ihre Zahl im Dezember um 900 auf 781. Die Wahl am Sonntag hatte ein Ergebnis von 1338, also ein Mehr von 552 Stimmen; das ist eine Zunahme von 71 Prozent gegenüber der Dezemberwahl und von 177 Prozent gegenüber der Septemberwahl. Es ist zu hoffen, daß die Vorwärtswendigung so anhaltet. — Die Stimmenzahl des Zentrums erhöhte sich seit der Dezemberwahl um 248, während die Parteien des Reichstages Reichstags in derselben Zeit um 836 Stimmen zurückgegangen sind. Die Kommunisten sind von 620 auf 330 Stimmen gesunken. Hellpach erhielt 337, Seid 41 und Lubendorf 68 Stimmen. Unzulässig waren 21 Stimmen. — In Neisse-Land kamen auf Braum 2518 Stimmen. Es ist also auch hier eine bedeutende Zunahme zu verzeichnen.

Schoppitz. Auf fürchterliche Weise verbrannt ist der Gewerkschaftsführer Schoppitz, dem beim Zusammenstoß zweier Güterzüge am Carmentisch beide Beine von den Wagenrädern derartig eingeklemmt wurden, daß er sich vor den ihm nachfolgenden Flammen, hervorgerufen durch Entzündung leicht brennbarer Stoffe, nicht retten konnte und bei lebendigem Leibe verbrannte.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Kawalen. Schicksal der Armen. Durch Amtsgerichtsbescheid wurde Genosse Koste zur zwangsweisen Räumung am 17. März 1925 seiner Wohnung (Küche und Stube für sieben Personen) beim Hausbesitzer Ernst Nagel gezwungen und sollte in eine leerstehende Wohnung ziehen, wenn sie die nötigen Beiträge (Wohndarlehner, Keller, Stallplatz) hätte. Diese leere Wohnung sollte aber ein dummer Mieter erhalten, der von Amts wegen seine Wohnung 2. März wegen Überschuldung räumen sollte. Als durch den Gerichtsvollzieher Koste's Wohnung geräumt war, sah nun Familie Koste auf die Straße und was dem abhandelehen Geld preisgeben. Die Mutter war in ganz besonderer Gefahr, weil sie ihrer Niedertracht entgegensteht. Der Amtsgerichtsrat entschied dann in später Abendstunden, daß Familie Koste in ihre alte Wohnung mit beschränkter Zeit eingelebt werden soll. In der Nacht sah K. wieder ein. Durch Anreizung, Ermutigung, erlitt Frau K. Schaden, sie mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, weil sie an Grippe und am Blinddarm erkrankte. — Wenn der Hausbesitzer und frühere Mieter sich von harnemüde Nächtlingsküche lösen ließe, so hätte er von Dienstag bis Sonntag gewartet; dann hätte Koste aus eigenem Willen mit einem anderen getauscht. Wie sagte doch schnell der Freund und Führer der Armen: „Nichts dainen Nächsten vor dich selbst.“ Wir sind noch sehr weit entfernt davon.

Klein-Ligau. Siegesfeier der Jarezjünger. Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses feierten einige bürgerliche Herren und Gesellschaften, in deren Gesellschaft sich auch der Oberbürgermeister befand, in dem Gasthause zum „Deutschen Kronprinzen“ bei Schöps und Bier den „Tag“ des monarchistischen Tages. Die so berühmte Tanzbandkapelle mußte monarchistische Weisen zum Tanz aufspielen, unter anderem „Wohlt die Flagg schwarz, weiß rot“, den „Germanenmarsch“ und „Friedrichs Marsch“. Republikaner, Arbeiter von Klein-Ligau und Umgegend, meckten auf den Gasthofsbesitzer, der in seinem Lokal derartiges gegen die Republik aufspielen läßt.

Neumarkt. Unsere Mitgliederversammlung am Freitag vergangener Woche, die in Anbetracht der Vorbereitung zur Reichspräsidentenwahl einberufen war, hatte außerst guten Besuch zu verzeichnen. Nach Erledigung und Einleitung der Tagesordnung, gedachte Gen. Wagner der Verdienste des bisherigen Vorsitzenden Gen. Hille, für Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung. Zum Schluß des Dankes erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. — Erwähnt wurde zur Maßfeier Stellung genommen und die Anregung, am Sonntag, den 3. Mai, einen „Bunten Abend“ zu veranstalten, allgemein begrüßt. Gen. Paul Otto erwiderte, nicht bindende Beschlüsse zu fassen, sondern den Ausgang der Wahl abzuwarten, währenddem könne der Vorstand weiteres ins Auge fassen und in nächster Sitzung ein Programm vorlegen. Gen. Hartzel forderte jedoch die Frauen auf, ihren Bedarf im Konsum zu bedenken und nicht Feinden der Republik ihre schwer verdienten Ersparnisse zu tragen. Nach Ausprache über das Gebahren rückwärtiger Genossenschaft, Gegenmaßnahmen und diesbezügliche Anregungen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Neumarkt. Einbruch ins Amtsgericht. In der Nacht vom Montag zu Dienstag wurde in das hiesige Amtsgericht eingebrochen. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben noch keine Anhaltspunkte. Ein größerer Betrag soll den Ermittlern in die Hände gefallen sein, was andererseits in der Annahme, daß sich das Gericht größere Summen nicht hinlegen dürfte, bezweifelt wird.

Neumarkt. In der am Freitag stattgefundenen Mitglieder-Versammlung des Reichsbanners, Ortsgruppe Neumarkt, wurde zur Anknüpfung eines Banners Stellung genommen. Eine hierzu bestimmte Sammlung ist, wie der Vorsitzende bemerkte, bereits eingeleitet und wird die Weiße Ende Mai oder Juni erfolgen. Wir bitten alle Republikaner, bei dieser Sammlung ein Scherlein beizutragen. Empfohlen wurde die Anschaffung von Windfäden. Da der Ortsgruppe großes Interesse entgegengebracht wird, dürfte sie in aller Kürze eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern zählen. In Kürze soll eine weitere Versammlung stattfinden, um die Beitragsfrage, Fahrt nach Dels usw. endgültig zu regeln. Partei- und Gewerkschaftsgenossen, treten ein in die Reihen des Reichsbanners. Anmeldungen haben beim Vorsitzenden zu erfolgen. Beitrittserklärungen können auch beim Genossen Hinte (Konsumverein) abgegeben werden, der selbige zur Weiterleitung bringen wird.

Neumarkt. Die Entführung der „Flammenzeichen“. Vor dem Schöffengericht hatten sich am vergangenen Donnerstag die Genossen Schleemann, Linke, Sabude (letzterer ist inzwischen verstorben), wegen Diebstahl und Sachbeschädigung zu verantworten. Folgender Vorgang lag zugrunde: In der Nacht vom 3. zum 6. Dezember vorigen Jahres, also zur Reichstagswahl, hatte die Deutschnationale Volkspartei durch Boten einige Paß Flugblätter („Flammenzeichen“) erhalten, die letzterer in einem sogenannten Aufbewahrungsraum des elektrischen Werkes einstellte. Für Entstellung von Gegenständen übernimmt jedoch das Werk keine Verantwortung. Als am nächsten Morgen der Bote die „Flammenzeichen“ abholen wollte, waren sie trotz allen Suchens nicht mehr zu finden. Daraufhin war der deutschnationale Parteiführer Maier wie aus dem Häuschen, mittels Polizei erfolgten Hausdurchsuchungen, ein Flugblatt der Partei vermißt 500 Mark Belohnung. (Erhalten hat aber keiner etwas, es ist bei dieser Partei genau so, wie mit der Aufwertung. D. B.) Allerhand Verdacht leisteten sich die Gegner und in Kommissionen verfuhrte man, die drei Genossen am liebsten aus dem Arbeitsverhältnis zu bringen. Arbeiter Benedit, der mit Sabude vor längerer Zeit in heftiger Feindschaft, gab der Polizei einen Wink, und diese fand sich nach Hause beim Schloßen ein, wo sie verbrannte Reste des „Flammenzeichen“ jütstellen konnte. Die drei Genossen räumten ihre Tat ein, der Parteiführer Maier stellte Strafantrag wegen Diebstahl und das Gericht überreichte den Segnungen eine vorläufige Haftbefehl in Höhe von 14 Tagen Gefängnis, Bewährungsfrist bei einer Geldkaution von 50 Mark, im Monat 10 Mark Abzahlung. Nach eingeleiteter Beratung trat man im Angelegenheit vor dem Schöffengericht. Die Verteidigung lag in Händen des

Rechtsanwalts Dr. Cäcilius-Brosch, der in seinen Ausführungen auf Freisprechung plädierte. Die Deutschnationale Partei, wie auch Maier, seien nicht berechtigt gemessen, Strafantrag zu stellen, auch habe der Antragsteller Maier den Antrag auf Diebstahl zurückgezogen. Das Gericht, das objektiv urteilte, mußte, da die Partei kein eingetragener Verein, Maier ohne jahungsgemäße Bestimmungen gehandelt, inwischen Verjährungsfrist eingetreten war, die Angeklagten freisprechen und die Leihen der Staatskasse auferlegen. (Die Angeklagten hatten ja von vornherein nicht die Absicht gehabt, die Flugblätter zu verbrennen, sondern wollten sie nur verkaufen. Eine allerdings unrichtige Rolle spielte hierbei Wagenmeister Benedit, der weder als Zeuge, noch als Anwärter auf die 500 Mark in Betracht kam.)

Gewerkschaftsbewegung.

Vorstandssitzung der IGW.

Noch keine Antwort von den russischen Gewerkschaften. In der am 20. und 21. März abgehaltenen Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes, an der alle Vorstandsmitglieder teilnahmen, wurde unter anderem folgendes beschlossen: Die angeschlossenen Landeszentralen sollen befragt werden, welchen Standpunkt sie zur Errichtung einer besonderen Bildungsinternationalen einnehmen. Die Entscheidung über die Gründung eines internationalen gewerkschaftlichen Jugendkomitees wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Dem vorliegenden Entwurf eines Aufrufs zum 1. Mai wurde zugestimmt. Ueber die organisatorischen Beziehungen des IGW mit den internationalen Berufssekretariaten soll der nächsten Sitzung eine Vorlage unterbreitet werden. Die Antikriegspropaganda soll trotz der vorläufig verbotenen Abstrichungskonferenz in der von der Ausschussung beschlossenen Weise fortgeführt werden.

Sekretär Sassenbach wurde beauftragt, im Anschluß an den im Juni stattfindenden polnischen Gewerkschaftskongress den rumänischen und bulgarischen gewerkschaftlichen Landeszentralen einen Besuch abzustatten und bei dieser Gelegenheit in einigen größeren Industriestädten Versammlungen abzuhalten.

Ueber die im Anschluß an die Ausschussung im Februar zu verzeichnenden Vorkommnisse bezüglich der Verhandlungen zwischen dem IGW und dem Allrussischen Gewerkschaftsrat fand eine Aussprache statt. Da eine Antwort auf das Schreiben des IGW, in dem der Ausschussbeschluss mitgeteilt wurde, noch nicht vorliegt, konnte ein Beschluß nicht gefaßt werden. Die nächste Vorstandssitzung wird am 7. und 8. Mai stattfinden.

Die Hamburger Hoch- und Straßenbahner im Streik.

Hamburg, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Hamburger Hoch- und Straßenbahner haben am Dienstag in einer Urabstimmung über den Schiedspruch der Schlichterkammer, der unter Beibehaltung der neunstündigen Arbeitszeit auf ein Jahr eine Lohnerhöhung um 3 Pfg. pro Stunde vorsieht, Stellung genommen. Die Gegenforderung der Verkehrsarbeiter war die Wiedereinführung des Achtstundentages. Die Urabstimmung ergab Ablehnung des Schiedspruches mit 5767 Stimmen gegen 411 Stimmen. Damit ist die fakturistisch erforderliche Dreivierelmehrheit für einen Streik weit überschritten. Am Dienstag nachmittag fanden auf Veranlassung von Bürgermeister Dr. Petersen neue Verhandlungen statt, bei denen sich die Arbeitnehmervertreter auf Anregung des Senatsvertreters zu einem Entgegenkommen in der Tarif- und Arbeitszeitfrage bereit erklärten. Die Hochbahndirektion hielt aber an der neunstündigen Arbeitszeit fest. Am Dienstag abend wurde in der Vertrauensmännerversammlung über diese Verhandlungen und die Urabstimmung berichtet. Man beschloß, sofort Anweisungen für die Durchführung des Verkehrsstreiks zu geben. Der Streik setzt am Mittwoch morgen ein. Das ablehnende Verhalten der Direktion hat insofern verschärfend gewirkt, als nicht nur der Hoch- und Straßenbahnbetrieb und die Allerschiffahrt stillgelegt wird, sondern auch der Verkehr auf den Langenhorner- und den Volkshöfenbahnlinien. Auch der Autoverkehr sehr wird eingestellt.

Die erbärmlichen deutschen Löhne.

Bürgerliche mit der bestehenden Wirtschaftsunordnung einverstandene Mütter melden aus Neuyork: Nach den Berechnungen der Stundenlöhne der Arbeiter der Welt, die von Weltstrett (Hauptstadt der Neuyorker Geschäftswelt, Red.) aufgestellt worden sind, ergibt sich folgende Uebersicht: Wenn man die Höhe der in Amerika bezahlten Stundenlöhne mit 100 Prozent annimmt, so beträgt diese in Deutschland, Oesterreich und Italien je 25 Prozent,

in Frankreich und Norwegen 35 Prozent, in Schweden 40 und endlich in Holland 45 Prozent der in Amerika gezahlten Löhne.

Der amerikanische Arbeiter verdient also viermal so viel wie der deutsche Arbeiter. Trotzdem geht die amerikanische Industrie nicht zugrunde. Im Gegenteil: ihre hartnäckig kalkulierte Preisse hat der Schwächen der europäischen Konkurrenz. Es sollen sich eben kapitalistische Profite auch ohne Hungerlöhne, wie sie in Deutschland üblich sind, erzielen.

Wie lange habe ich Anspruch an die Krankenkasse nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis?

Dies kommt es vor, daß Versicherte, welche aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, von der zuständigen Krankenkasse abgewiesen werden müssen, weil die gesetzlichen Bestimmungen nicht erfüllt sind. Der § 214 RVO, um den es sich hier handelt, besagt nämlich, daß ein Versicherter in den vorausgesetzten zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher sechs Wochen versichert gewesen sein muß. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, dann verbleibt ihm der Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, wenn der Versicherungsfall eintritt, während der Erwerbslosigkeit, und zwar drei Wochen nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis. Es muß also ein Versicherte, wenn er Ansprüche innerhalb drei Wochen geltend machen will, nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis in den vorausgesetzten zwölf Monaten 26 Wochen oder vorher unmittelbar sechs Wochen versichert gewesen sein. Im Falle der Erwerbslosigkeit bedarf es nicht die vollen Bedingungen, sondern nur die Regelleistungen nach dem Gesetz zu. Das Krankengeld beträgt in diesen Fällen nur 50 p. H. des Grundlohnes und wird auch erst nach vierter Krankheitswoche an gewährt. Die Unterzahlungsdauer beträgt 26 Wochen. Das Krankengeld wird auch nach Ablauf der drei Wochen gewährt, wenn die Krankheitsdauer während ihrer Erwerbslosigkeit die Regelleistung bezogen

haben, bleiben nicht Mitglied der Kasse und können auch nach Aufhören der Leistungen sich nicht freiwillig weiterversichern. Die Frage, ob ein Versicherter, welcher aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschiedet, um sich selbständig zu machen, Anspruch nach § 214 RVO. stellen kann, ist zu verneinen, denn dieser Versicherte ist nicht wegen Erwerbslosigkeit ausgeschieden, sondern um sich selbständig zu machen. Wichtig ist auch die Frage, ob Erwerbslose, welche 26 Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen haben und mit diesem Tage auch gleichzeitig von der Krankenkasse abgemeldet werden, Anspruch nach § 214 haben. Wenn auch der vorerwähnte Paragraph dem Wortlaut nicht entspricht und verschiedene Zweifel darüber bestehen, so steht doch die Verordnung über Erwerbslosenunterstützung § 3 vor, daß diese Gruppe den übrigen gleich zu achten sei.

Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Zu der „erweiterten“ Erklärung der Kommunisten“ hielt Einowien am 25. März ein Referat, in dem er nach Zuspätkommen über die Gewerkschaftsfrage ausführte:

In der Gewerkschaftsfrage fand der 5. Kongress die richtige Linie. Jetzt ist die Aufgabe, dieselbe in jedem Lande den speziellen Verhältnissen anzupassen. Hier zeigen sich zwei Gefahren, wie es Frankreich und die Tschechoslowakei beweisen. Erstens: Manche lassen die Gewerkschaftskampagne als ein „Reinliches Manöver“ auf; zweitens: Manche wollen, wie es in der Tschechoslowakei geschehen ist, die roten Gewerkschaften vernachlässigen. Wir dürfen ohne weiteres die eigenen Organisationen nicht aufgeben. Die Amerikaner sind gegenwärtig demütigt über die Absicht der englischen Gewerkschaften, mit den Gewerkschaften der Sowjet-Union eine spezielle Konferenz abzuhalten, deshalb haben sie eine außerordentliche Sitzung des Antikamer Bureau einberufen. Wir verbleiben auf der alten Linie, ohne die Kampagne als ein Reihliches Manöver aufzufassen, ohne die bedingungslose Aufgabe der eigenen Organisationen, wo wir starke rote Verbände haben.

Das ist so klar und deutlich, wie man es nur wünschen kann. Wo die Kommunisten eigene Verbände haben, werden sie, sofern sie nur irgendwie lebensfähig sind, antworterhalten. Diese Bewegung der Arbeiterzerstückelung nennt man auf bolschewistisch „Einheitsfront“. Von einem Anschlag der russischen Gewerkschaften an die Internationale kein Wort.

Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Landarbeiterstreik in Polen.

Warschau, 30. März. Heute begann der vom Hauptvorstand des Berufsverbandes der Landarbeiter Polens angeordnete Generalstreik der Landarbeiter in Polen und Pommern, ferner ein Streik der ländlichen Tagelöhner in den Wojewodschaften Warschau, Lublin, Lublin und Bielski. Der Streik wird von der polnischen Sozialistischen Partei unterstützt.

Verband der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Breslau.

Bei der Urwahl für den Ortsvorstand wurden 793 gültige und 4 ungültige Stimmzettel abgegeben. Davon ergaben:

Spern, Fritz als 1. Vorsitzender 769 Stimmen, Feigt, Karl als 2. Vorsitzender 783 Stimmen, Siwertz, Oskar als Schriftführer 783 Stimmen, Girnth, Wilhelm als Beisitzer 809 Stimmen, Töpfer, Arthur II als Beisitzer 478 Stimmen, Groß, Fritz als Beisitzer 418 Stimmen, Herrmann Otto als Beisitzer 408 Stimmen, Dittmer, Hermann als Beisitzer 368 Stimmen, Rafinte, Willi als Beisitzer 397 Stimmen, Böffel, Kurt als Beisitzer 326 Stimmen.

Die gepreßt gedruckten Kollegen sind somit gewählt. Ferner wurde die Abänderung des Statuts in „Verband der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Breslau“, mit 690 gegen 116 Stimmen beschlossen.

In der Kurztabelle Böts, U. G., Oldenburg, bestehen seit einiger Zeit Differenzen. Bis zur Stunde sind sie nicht beigelegt. Die Firma versucht jetzt auf Umwegen die neunstündige Arbeitszeit wieder zur Einführung zu bringen. Organisierte Beschäftigte werden nicht ganz gelassen. Ueber die gemühten Verhandlungen wird sehr herabsetzende Klage geführt. Der Wechsel des Personals ist sehr stark. Täglich gehen und kommen neue Gesellen, Arbeiter und Arbeiterinnen. Ob die in den nächsten Tagen stattfindenden Verhandlungen eine Entscheidung bringen, muß abgewartet werden.

Die Tarifgehälter für die Angestellten der nordbayerischen Textilindustrie sind für die Monate Februar bis Mai neu geregelt worden. Sie betragen im Jahresgehalt 72 Mark im Gruppe I und betragen sich bis zu einem Höchstgehalt in Gruppe IV von 558 Mark. Dazu kommt die Verheirathetenzulage von 12 Mark und eine Kinderzulage von 20 Mark.

Im bayerischen Buchhandelt gilt für die gleiche Zeit in der höchsten Ortsklasse ein Jahresgehalt von 70 Mark in Klasse A und ein Höchstgehalt von 320 Mark in Klasse D.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis, für die wir nur die redigierende Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Vom Wohnungsmarkt.

Ich wollte mir ein leeres Zimmer amieten und erhielt ein Angebot nach Waterloostraße 8, parterre links, bei Schulz. Als ich mich beim Hauswirt Herrn Schulz vorstellte, erzählte er mir folgendes: 1. Da sich Herr Schulz mit einem Mieter Waterloostraße 8, 4. Stock, fast, wird ungefähr Mitte April die Einzimmerwohnung mit Entree und Küche frei. Wenn ich diese beziehen würde, müßte ich einen Vertrag unterzeichnen und zwar als Hausmeister, zumal schon ein Hausmeister in dem Hause ist. Damit, wenn das Wohnungsgesamt kommt, ich als Hausmeister in der Wohnung bin. 2. Soll ich einen Abstand von 1000 Mark zahlen.

Jedenfalls geht der Hauswirt Herr Schulz darauf aus, auf irgend eine Art die Wohnung zu veräußern, um in Besitz des Abstands zu gelangen. Da kann man als Unbemittelter lange warten, ehe man zu einer Wohnung gelangt, wenn auf solche Art und Weise die Wohnungen verschoben werden. Ich möchte das Wohnungsgesamt darauf hinweisen, die Sache streng zu kontrollieren, damit die Wohnung nicht dem Wohnungsmarkt entzogen wird. Ein Wohnungsuchender.

Parteiengenossen und -Genossinnen!
Sich eure Anzeigen in der „Volkswacht“ auf!

Familien-Anzeigen

Am 30. März, nachmittags 4 Uhr, verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden unser lieber Kollege

Max Mainka

im Alter von 52 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
**Die Mitglieder des Jubiläumvereins
Breslau-Oderfor.**

Beerdigung: Freitag, den 3. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle 2 in Oswitz. 1937

Statt Karten!

Außerstande jedem einzelnen zu danken, sagen wir auf diesem Wege allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Herrn Hauswirt und den Mitbewohnern des Hauses, den Herren Werkmeistern, sowie den Kollegen für die herrliche Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres teuren Entschlafenen, des Tischlers 4658

Hermann Peiler

unsere tiefgefühlten Dank. Ganz besonderen Dank Herrn Pastor Altman für seine tröstenden Worte am Grabe.

Frau Emma Peiler

geb. Porzalla geb. Tischlerin.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes sage ich allen, insbesondere Herrn Pietsch für die tröstlichen Worte sowie den Herren Chefs und dem Personal der Fa. Schultz & Strohl meinen herzlichsten Dank.

Lotte Neumann.

Bei Hämorrhoiden

hat sich seit über 40 Jahren glänzend bewährt: **Schäfer Endler's Hämorrhoidalflee** (Gesetzlich gesch. Nr. 25 552). Viele begeisterte Dankschreiben! **Probepaket 15 Pf.** Fabrikant: **Kranzmarkt - Apotheke, Hintermarkt 4.**

Günstiges Osterangebot

Damen- u. Mädchenkonfektion
weit unter Tagespreis!

Kindermäntel	von R.-M.	6.— an
Covercoatmäntel	"	9.90
Donnegalmäntel	"	10.50
Alpakamäntel	"	13.50
Tuchmäntel	"	15.50
Gabardinemäntel	"	20.50
Covercoatjacken	"	8.—
Winejacken	"	13.50
Kostüme	"	19.90

Dziadoszynski, Heinrich & Co.
Bau- u. Händl.-Konfektionfabrik
Junkerstraße 11

Kein Laden! 2 Treppen!

Herrenräder 98.00
Damenräder 108.00
mit Freibrill, Luxus-Ausführung
Volle Garantie.
Richard Kühn, Herdainsstr. 28.
Niederlage von **Diamant, Presto, Triumph.**

Zeitung 24. und 25. April

Rote Lotterie
3000 Gewinne und 1 Prämie zu Mark

100 000
30 000
20 000
10 000

Loszettel zu Mark 3.00 Porto und Liste 15 Pf. extra.

Dombrowsky
Beuthen (Oberschl.)
Kaiser-Franz-Josef-Platz 10.

Bellmässen
Bekanntester Alter- und Geschlechtsergänzungsmittel.
Kranken 18, Nervenheiler 18

Wer gibt seine Wohnung ab?
Suche 1-2-Zimmerwohnung gegen Vermittlung z. B. durch Kluge & Hartisch 4621
Herdainsstr. 8 10. - Telefon 0416 5711.

Heilkundiger Mittel.
H. Wähler, gasse 9,
Spezialist: 9-12, 2-4.
Farben
zu billigsten Preisen
Oskar Mohr
Lippertstr. 25, Ecke Stockgasse.

Kleine Anzeigen
Gefunden tüchtiges Jahrges. Näheres durch Franz, Lippertstr. 178, von 5-7.
1 Gebett Betten billig zu verkaufen. Freiburger Str. 5, hochpart. links.

Saubere Sofennäherin
Steinmetz, Lippertstr. 178, 145, 12.

Schränke
Vertikals
Bettstellen
Sofas
Chaiselongue
Küchen
Schlafzimmer
Speisezimmer
Enorm billige Preise!

An alle Asthmaleidende!
Hören Sie das Urteil Ihrer Leidensgefährten:
Das von Ihnen gesuchte Heilmittel gegen Asthma und Lungenleiden hat mir geholfen. Falls sich ein solches P. L. in P. - Ihr gesunder Lungenbalsam ist sehr vorteilhaft und soll bei meinen Lungenerkrankungen helfen. Ich erlaube vorübergehend Erprobung desselb. J. F. i. C. - Ihr Nymphosen-Straß hat meiner Frau und mir bei kurzen Luft-Verknäueln gute Dienste geleistet. Nach der eingelegten Gebrauchs- und der geliebten Heilung verschwand und die Veracklungung beseitigt. Dieser überaus wertvolle Erfolg hat mich veranlaßt, das Mittel meinen Bekannten warm zu empfehlen. K. R. Sch. i. N.
So wird ähnlich helfen die fast täglich bei uns eingehenden Dankschreiben.
Bals. Bals. Myr. ca. 3%, No. benz. 0.1%, No. br. 2%, Ferr. pept. oxyd. liq. aa 5%, Extr. Wall. 24%, Sacch. 16%, L. com. Preis pro Flasche 3 - Mk.
Zu haben in: Adler, Hygiea, Kranzmarkt, Kronen-, Naschmarkt, Stern-Apothek.
Allgemein: Nymphosen A.-G., München 38L.

Arbeitsmarkt
Schuhmacherhändler sucht Lippert, Steinrückstraße 16.

Größere Anzahl Modelltischler
nach Berlin gesucht. Stundenlohn nach Leistung bis 1.20 Mark. Meldungen an **Vereinigung der Modellindustrie Berlin-Reinickendorf-Ost, Rofahrdorffstr. 66.**
Stelle noch sofort tüchtige **Hand-Näherinnen** für meine Kürschnerwerkstatt ein **C. Lewin, Theaterstr. 4.**

Job. Rotta
Möbelversandhaus
Bismarckstraße 20
Kein Laden
Zahlungserleichterung!

Küschner
für meine Wertstoffe können sich melden.
M. Boden, Ring 38

Zum Hausputz
Persil
Zum Einweichen der Weißwäsche ist Henkel's Persil-Wasch- und Bleich-Soda unübertroffen; hervorragend geeignet auch für jeden Scheuerzweck.

Für die Weisswäsche!
Sie kennen die großen Annehmlichkeiten, die Persil bietet: In einmaligem Kochen ist die Wäsche blütenweiß, duftig und frisch! Waschen Sie auch Ihre Gardinen nur mit Persil. Sie haben Freude an dem herrlichen Aussehen und an der appetitlichen Frische!

Für Wolle, Seide, Buntwaren!
Säubern Sie diese Sachen in einfacher kalter Lauge. Sie brauchen kein Eingehen zu befürchten und kein Auslaufen der Farben. Jedes Stück, das klares Wasser verträgt, kann unbedenklich auch mit Persil behandelt werden!

Für Glas u. Porzellan!
Ob Kristall, Steingut, Marmor - immer haben Sie den besten Erfolg mit Persil! Die Reinigung ist leicht und angenehm: Persil löst selbstständig allen Schmutz und läßt die Sachen in neuer Schönheit erstehen!

Für Holz u. Fliesen!
Stühle, Tische, Fensterrahmen, Wände, was es auch sei - Sie waschen die Teile nur mit warmer Lauge ab und spülen mit klarem Wasser nach. Ein angenehmeres Reinigen gibt es nicht als mit Persil!

Für Teppiche u. Läufer!
Teppiche, Fellvorlagen, Matten, alles läßt sich mit Persil säubern! Auf Wunsch erfolgt kostenlose Zusendung praktischer Anleitungen durch den Verlag Henkel & Cie. A.-G. Düsseldorf.

Persil ist das ideale Wasch- u. Reinigungsmittel
vielseitigster Anwendungsmöglichkeit!
HENKEL & CIE. A.G. DÜSSELDORF